

// NR. 2-2017 // ISSN 1615-5017



Aktiver Ruhestand

Herausgegeben vom Fachbereich Seniorenpolitik
der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
(GEW) Landesverband Baden-Württemberg



www.gew-bw.de

- 4 Tarifabschluss
- 5 Lehrermangel
- 5 „Baustelle Bildung – Betreten auf eigene Gefahr!“
- 6 Hinzuverdienst neben Pension oder Rente
- 7 Eugen-Rombach-Tage 2017
- 8 Gedankenkaleidoskop auf der Suche nach einem Pflegeheim
- 10 Begleitung am Lebensende
- 11 Pflegestärkungsgesetz – die dritte!
- 11 Kurz notiert
- 12 Migration und Ursachen
- 14 Buchempfehlung
- 15 Kunst und Kultur

Impressum

Aktiver Ruhestand: Herausgegeben vom Fachbereich Seniorenpolitik der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Baden-Württemberg

Redaktion: Barbara Haas, Beatrix Boestel und Erwin Trunk.

Anschrift: Barbara Haas, Wolfsbergallee 59, 75177 Pforzheim, Tel. 07231 35 90 55, E-Mail: barbara.haas@gew-bw.de

Verlag: Süddeutscher Pädagogischer Verlag (SPV), Silcherstraße 7a, 70176 Stuttgart

Gestaltung: Tomasz Mikusz, Süddeutscher Pädagogischer Verlag (SPV), Silcherstraße 7a, 70176 Stuttgart

Druck: GO Druck Media GmbH & Co. KG, Einsteinstraße 12–14, 73230 Kirchheim unter Teck

Herausgeber und Redaktion übernehmen keine rechtliche Verantwortung für die Angaben und Empfehlungen in dieser Publikation. Diese Informationen erscheinen regelmäßig (eine Ausgabe im Quartal).

Preis des Einzel Exemplars: 1 Euro zzgl. Porto. Der Bezugspreis ist mit dem Mitgliedsbeitrag zur GEW Baden-Württemberg abgegolten.

Die Redaktion dankt für alle Zuschriften. Leider können nicht alle abgedruckt werden. Sie sind aber jederzeit willkommen unter barbara.haas@gew-bw.de oder der Postadresse. Melden können sich gerne auch Kolleginnen und Kollegen, die in der Redaktion mitarbeiten wollen. AR

Titelfoto: fotolia

Juni 2017

Auf ein Wort

**// Bündnis gegen Altersarmut in Baden-Württemberg gegründet
Es fordert einen Kurswechsel in der Rentenpolitik! //**



Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Gewerkschaften und Verbände in Baden-Württemberg haben mit Blick auf die Bundestagswahl ein gemeinsames Bündnis gegen Altersarmut gegründet. Initiiert durch Verdi haben der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften (darunter natürlich auch die GEW) mit kirchlichen Einrichtungen und Wohlfahrtsverbänden, Landesfrauenrat, Landesfamilienrat, LandesseNIerenrat u.a., insgesamt 31 Partnerinnen und Partnern, ein Grundsatzpapier unterzeichnet, in dem sie festhalten: „Eine reiche und soziale Gesellschaft darf es nicht länger zulassen, dass Menschen die ein Leben lang gearbeitet haben, in Armut geraten, ein Wechsel in der Rentenpolitik ist dringend nötig und auch möglich. Die gesetzliche Rente soll wieder die Wahrung des Lebensstandards im Alter ermöglichen. Sie muss Armut im Alter verhindern! Wir halten ein Rentenniveau von wenigstens 50 Prozent für erforderlich!“ (Presseinformation).

Aus verschiedenen Blickwinkeln wird das Thema beleuchtet: Die private Vorsorge, die als dritte Säule neben der Rente und der betrieblichen Altersversorgung ein gutes Leben im Alter ermöglichen soll, klappt nicht, weil nicht nur den jungen Menschen das Geld dazu fehlt. Ältere Menschen brauchen, um ein Leben in Würde zu führen, finanzielle Mittel, um Gesundheit und Mobilität, aber auch soziale Kontakte und gutes Wohnen zu pflegen. Gerade im Alter finanziell gesicherte Menschen sind auch in der Lage, freiwillige Leistungen für die Gesellschaft zu erbringen. Altersarmut betrifft insbesondere Frauen, sie verdienen noch immer rund 26 Prozent weniger als Männer und das wirkt sich bei der Rente aus. Frauen richten ihre Erwerbsbiografie weiterhin am Wohl anderer aus; sie unterbrechen ihre Berufstätigkeit für ihre Kinder und die pflegebedürftigen Angehörigen und stehen dann im Alter mit Minirenten oder Grundsicherung da. Das Bündnis stellt fest, dass politische Maßnahmen ergriffen werden müssen, die der weiteren Polarisierung von Armut und Reichtum gegensteuern! Es geht also nicht nur um die Menschen, die bereits Rente erhalten, sondern um die aktiven, die in eine Altersarmut steuern, wenn das Rentenniveau weiter sinkt!

Die GEW setzt sich für eine Zukunftssicherung der Rente ein ohne eine Senkung des Rentenniveaus und ohne weitere Anhebung der Altersgrenzen. Das Verhältnis zwischen Lohnniveau und Rentenleistung sinkt seit 1990 kontinuierlich von damals 55 Prozent auf aktuell 48 Prozent. Bis 2030 sind es nach Schätzungen der Bundesregierung nur noch 44,5 Prozent, die ein Rentner, eine Rentnerin erhalten wird; — insbesondere abgeflacht durch Riester-Faktor und Nachhaltigkeitsfaktor.

Die Untergrenze dieser Abflachung ist per Gesetz (Niveausicherungsklausel) für das Jahr 2030 auf 43 Prozent beziffert. Ohne Gegensteuerung führt dies geradezu in die Altersarmut, verstärkt dadurch, dass noch unklar ist, was nach 2030 kommen soll.

Es muss möglich sein, die staatliche Alterssicherung so sicher zu machen, dass auch unsere Kinder und Enkel im Alter ohne Zwang zur Weiterarbeit und Zuverdienst durch Minijobs auskommen. Dazu muss der Lebensverlauf mit Bildungszeiten, Kindererziehungszeiten und Pflegearbeit als gleichwertig berücksichtigt werden. Lücken in den Versicherungsbiografien müssen geschlossen werden.

Dafür setzen wir uns ein!

Barbara Haas

Tarifabschluss



// Tarifverhandlungen der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst erfolgreich abgeschlossen! Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger bekommen mehr Geld! //

Mit dem Erscheinen des AR 2-2017 haben alle Versorgungsempfängerinnen und –empfänger 2 Prozent mehr Geld auf dem Konto. 0,2 Prozent davon werden nicht ausbezahlt, sondern fließen in die Versorgungsrücklage nach §17 LBesGBW. Der Tarifabschluss Länder wurde inzwischen auf die Beamtinnen und Beamten übertragen – allerdings wiederum mit Verzögerung: bis einschließlich A 9 ab 1.3.2017, bis A 11 ab 1.5.2017 und ab A 12 ab 1.6.2017. Beamt/innen mit einer aktiven Besoldung unter 3750 Euro erhalten mindestens 75 Euro monatlich mehr. Für 2018 haben die Tarifpartner 2,35 Prozent vereinbart, Beamt/innen und Versorgungsempfänger/innen erhalten die verzögerte Auszahlung wie 2017.

Die Versorgung der Pensionärinnen und Pensionäre wird auf der Grundlage des vollen zustehenden letzten Grundgehaltes errechnet, wenn dieses steigt, steigt auch unsere Versorgung. Daher treffen uns die Nullmonate ebenfalls. Die Forderung der GEW heißt immer: „Zeit- und inhaltsgleiche Übertragung der Tarifergebnisse auf die Beamtinnen und Beamten!“ Immerhin wurde eine deutlich kürzere Verschiebung als beim letzten Tarifergebnis erreicht.

Dem Wunsch der Landesregierung, diesem Ergebnis doch durch Unterschrift zuzustimmen, hat die GEW nicht entsprochen, aus guten Gründen: Ein weiteres Ergebnis der Übertragung war nämlich der Wegfall der Absenkung der Besoldung für Neueingestellte in den ersten drei Jahren ab 1.1.2018. Die GEW hat

eine sofortige Rücknahme bereits seit Bestehen der 4- bzw. 8 prozentigen Kürzung für die jungen Kolleginnen und Kollegen gefordert. Der Wegfall der Kürzungen war also längst überfällig!

Der Grund für den Protest der GEW und des DGB ist allerdings, dass die „älteren“ Beamtinnen und Beamten dies bezahlen, während das Land in den letzten Jahren die Absenkung eingespart hatte. 55 Millionen kostet 2018 die Rücknahme der Eingangsabsenkung; ca. 280 Millionen spart die Landesregierung 2017 an der Verschiebung der Besoldungsanpassung – bei guter Kassenlage und einer aktuellen Inflationsrate von 2,2 Prozent! Die Landesregierung ist allerdings nicht auf unsere Zustimmung angewiesen, sie kann auch ohne diese ihre eigenen Bedingungen setzen.

Rentnerinnen und Rentner

Auch diese bekommen mehr! Allerdings nicht gekoppelt an das Tarifergebnis, sondern an die allgemeine Lohnentwicklung, die Rente wird in einem Gesetzgebungsverfahren der Bundesregierung angepasst. Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles hat schon im März eine Rentenerhöhung zum 1. Juli 2017 bekanntgegeben: Die Renten steigen im Westen um 1,9 und im Osten um 3,6 Prozent. Dies wird erreicht durch eine Anhebung des aktuellen Rentenwerts von gegenwärtig 30,45 Euro auf 31,03 Euro (West) bzw. von 28,66 Euro auf 29,68 Euro (Ost).

Barbara Haas

Lehrermangel

// Kultusministerin will mehr Lehrkräfte im Ruhestand in den Schulen halten //

Es soll ein Gesamtkonzept noch vor der Sommerpause vorgelegt werden, wie das Kultusministerium (KM) der Pensionierungswelle gepaart mit Lehrermangel und Stellenstreichungen in den nächsten Jahre begegnen will. Dies teilte Kultusministerin Eisenmann der Presse mit (dpa vom 10. März 2017)!

Ein Baustein: Lehrkräfte, die länger bleiben, sollen einen finanziellen Ausgleich erhalten. Nichts Neues, denn schon bisher gewinnen Lehrkräfte in der Verlängerung (bis zur Vollendung des 68. Lebensjahres) Ruhegehaltsprozente dazu, wenn sie nicht am Höchstruhegehaltssatz sind! Sind sie dies, erhalten sie einen Besoldungszuschlag von 10 Prozent (§ 73 LBesG). In Teilzeit gibt es einen Besoldungszuschlag, der sich nach dem zustehenden Ruhegehalt und dem Umfang der Freistellung bemisst (§ 74 LBesG).

Anscheinend ist es schwer, die Kolleginnen und Kollegen in der Schule zu halten bzw. wieder in nennenswertem Umfang in die Schulen zu holen: 2015 erhielten 30 000 Pensionärinnen und Pensionäre einen Brief des damaligen Kultusministers Stoch, um sie für den Unterricht von Flüchtlingskindern wieder in die Schulen zu holen: Derzeit unterrichten laut dpa 322 Kolleginnen und Kollegen in VKL und VABO-Klassen. Was bisher eine Vermutung war, zeigt sich hier

konkret: Den Kolleginnen und Kollegen ist nach dem langen Berufsleben mit seinen anstrengenden Rahmenbedingungen wichtig, über ihre Zeit, ihr soziales Engagement und dessen Gestaltung selbst zu bestimmen. Die Motivation, wieder in die Schule zu gehen oder den Schuldienst zu verlängern, lässt sich nicht allein mit finanziellen Aufbesserungen erreichen!

Nicht gezählt sind nämlich die vielen Kolleg/innen, die freiwillig und oft unbezahlt weiterhin in der Sprachförderung unterschiedlichster Verbände und Vereine arbeiten.

Fakt ist, dass über 66 Prozent der Lehrerinnen und Lehrer Wege wahrnehmen, wie sie trotz großer finanzieller Einbußen vor der gesetzlichen Altersgrenze (spätestens mit 63) ausscheiden können. Das ist Ergebnis des hohen Arbeitsdrucks und der ständig steigenden emotionalen Anforderungen, denen das KM mit besseren Rahmenbedingungen und mit mehr Verantwortung für einen nachhaltigen Arbeits- und Gesundheitsschutz begegnen müsste.

Mit Spannung wird zu erwarten sein, was der Ministerin für die Pensionärinnen und Pensionäre Neues einfällt!

Barbara Haas

Die GEW protestiert für bessere Bedingungen für Bildung unter dem Motto:

„Baustelle Bildung – Betreten auf eigene Gefahr!“

am **Freitag, 30. Juni 2017, Beginn 15 Uhr auf dem Schillerplatz Stuttgart.**

Alle Mitglieder, auch die im Ruhestand, sind aufgefordert, eine bessere Bildung durch ihre Anwesenheit zu unterstützen!

Hinzuverdienst neben Pension oder Rente

Ein Anruf im Regierungspräsidium:

„Guten Tag, Regierungspräsidium Karlsruhe, Abteilung 7, Schwarz am Apparat.“

„Guten Tag, hier Frau Meier-Eisenfuß. Ich hätte da mal eine Frage.“

„Um was geht es denn?“

„Also, ich habe letztes Jahr ein Schreiben bekommen, dass wir Pensionärinnen noch gebraucht werden. Vorgestern rief mich mein ehemaliger Schulleiter an, ob ich mir vorstellen könnte, mit acht Stunden wieder an die Schule zu kommen. Sie hätten einen echten Mangel, weil die Kollegin, die die ganze Zeit die VKL-Klasse unterrichtete, demnächst in Schwangerschaftsurlaub geht. Sie hätten niemand, der dafür Deputatstunden frei hätte. Auch auf Rückfrage beim Schulamt wäre niemand zu finden. Jetzt meinte er, ich könnte doch die paar Stunden einspringen. Erstmal für dieses Schuljahr. Ich würde doch auch als Handschlaglehrerin zur Verfügung stehen.“

Aber wissen Sie, es ist ja schon was anderes, ob man als Handschlaglehrerin ein paar Stunden ab und zu macht, oder wieder jede Woche mit acht Stunden in die Schule geht. Ich habe gesagt, dass ich es mir überlegen müsste. Heute habe ich ihn angerufen und erklärt, ich wäre dazu bereit, wenn ich Montag und Dienstag je vier Stunden halten könnte, so dass ich den Rest der Woche noch frei hätte. Er hat gemeint, dass ließe sich u.U. schon einrichten, ich sollte mich mal im Regierungspräsidium melden und von dort würde ich meinen Arbeitsvertrag bekommen. Jetzt meine Frage: Mache ich mit Ihnen den Arbeitsvertrag und kann ich dabei festlegen, dass ich meine acht Stunden an der Herba-Schule nur Montag und Dienstag leiste?“

„Liebe Frau Meier-Eisenfuß, das geht so gar nicht. Zuerst müssen Sie sich dem Online-Verfahren unterziehen. Wenn Sie sich beworben haben, kommen Sie zu mir und wir besprechen den Arbeitsvertrag. Aber es gilt für Pensionäre, die wieder in den Dienst wollen, die allgemeine Beamtenpflicht. U.U. kann ich Ihnen noch zusichern, dass Sie an die Herba-Schule kommen. Aber auch das ist nicht garantiert. Wenn Sie in der Zwischenzeit in einer anderen Schule dringender gebraucht werden, können Sie auch da eingesetzt werden.“

„Und meine beiden Tage, montags und dienstags je vier Stunden?“

„Dazu kann ich gar nichts sagen. Die Stundenplangestaltung ist Aufgabe der Schulleitung, dabei hat die GLK ein Mitspracherecht.“

„Das heißt also, wenn ich einen neuen Arbeitsvertrag mache, weiß ich weder meinen Einsatzort wirklich, noch gibt es für mich eine Garantie, wie ich eingesetzt werde.“

„Nicht ganz, wenn Sie als VKL-Lehrerin eingestellt werden (und dies so im Arbeitsvertrag steht) können Sie nur in VKL-Klassen eingesetzt werden.“

„Und wie steht es mit der Bezahlung? Wird die auf meine Pension angerechnet?“

„Das kommt darauf an! Ich nehme mal an, Sie sind regulär in Pension gegangen?“

„Ja!“

„D.h., Sie haben die gesetzliche Altersgrenze schon überschritten. Dann gilt in Ihrem besonderen Fall die Neuregelung von 2016, die festlegt, dass Ihre Tätigkeit quasi im öffentlichen Interesse ist, sie aus dringenden öffentlichen Belangen oder dringendem dienstlichen Interesse erfolgt. Die Neuregelung legt fest, dass keine Anrechnung auf ihre Pension erfolgt. D.h. Sie können auch mehr verdienen, als 100% der ruhegehaltsfähigen Dienstbezüge.“

„Das ist ja immerhin etwas.“

„Ja, ohne dass in Ihrem Arbeitsvertrag dieses „öffentliche Interesse“ geschrieben wird, hätten Sie höchstens 100% Ihrer letzten Dienstbezüge ausbezahlt bekommen können, den Restbetrag hätte der Dienstherr behalten – Sie hätten u.U. teilweise unentgeltlich gearbeitet.“

„Und das mit dem öffentlichen Interesse muss in dem Arbeitsvertrag drin stehen?“

„Ja! Aber keine Angst, in den Verträgen, die wir jetzt abschließen, steht das immer.“

„Aber meinen tatsächlichen Einsatzort können Sie mir nicht garantieren?!“

„Liebe Frau Meier-Eisenfuß, jetzt bewerben Sie sich erstmal und wenn Sie dann zu mir kommen, sehen wir, was sich machen lässt.“

„Danke für Ihre Auskunft!“

„Gern geschehen! Auf Wiedersehen, Frau Meier-Eisenfuß.“

Die GEW rät allen Pensionär/innen, ihren Arbeitsvertrag zu einer Prüfung umgehend der GEW oder dem Personalrat zuzuschicken. Sobald Pensionär/innen wieder in den Schuldienst gehen, ist der Personalrat für sie zuständig.

Die Broschüre der GEW: „Informationen zum Zuverdienst bei Pensionären / Pensionärinnen“ gibt eine gute Übersicht und ist auch online verfügbar:

<https://www.gew-bw.de/mitglieder-im-ruhestand/publikationen-mitglieder-im-ruhestand/publikationen/list/>

Erwin Trunk

Eugen-Rombach-Tage 2017

// 50 Jahre Eugen-Rombach-Tage; Teil der Geschichte der GEW für Seniorinnen und Senioren
Wo stehen wir heute? //

vom 25.09.2017 – 27.09.2017 im Forum Hohenwart; Pforzheim-Hohenwart
Veranstaltungsleitung: Traudel Kern, Erika Braungardt-Friedrichs, Barbara Haas

Programm

Montag, 25. September 2017

- 14:30 Uhr Kaffee
15:00 Uhr Kennenlernen, Organisatorisches
16:00 Uhr **Vortrag:** Der siebte Altenbericht der Bundesregierung und seine Empfehlungen für die Lebensgestaltung von Seniorinnen und Senioren
Referentin: Dr. Heidrun Mollenkopf, Mitglied des Vorstands der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO)
18:30 Uhr Abendessen
20:00 Uhr **Offene Angebote:**
Kleiner Stammtisch zur Bundestagswahl
Beweglich im Alter mit Feldenkrais; Ute Philipp, Feldenkraustrainerin
Filmabend „Sputnik Moment“ – 30 gewonnene Jahre
Singlust mit Traudel Kern (bitte Liederbücher und Instrumente mitbringen)

Dienstag, 26. September

- 9:00 Uhr **Workshop 1:**
Eichstetten: Eine Gemeinde praktiziert Mitverantwortung in der Kommune
Workshop 2:
Lebensphasenhaus in Tübingen
Workshop 3:
Bildung im Alter (Prof. Mechthild Kiegelmann; PH Karlsruhe)
Workshop 4:
Situation von Frauen im Alter (Barbara Haas)
Workshop 5:
Einflussnahme auf Gemeinden: Wie können wir den 7. Altenbericht in die Umsetzung bringen (Erika Braungardt-Friedrichs, SPD-Gemeinderätin; und Rainer Dahlem, SPD-Gemeinderat)
10:30 Uhr Kaffeepause
11:00 Uhr Zweite Runde Workshops
12:30 Uhr Mittagessen
Am Nachmittag:
Führung im Kloster Maulbronn,
18:30 Uhr Abendessen

- 20:00 Uhr **Wir feiern 50 Jahre Eugen-Rombach-Tage, Podiumsrunde mit Rainer Dahlem, Anne Jenter, Hermann Sehringer und Hildegard Klenk zu Erinnerungen an die letzten 50 Jahre in der GEW;** Moderation Barbara Haas

Mittwoch 27. September

- 9:00 Uhr Aktuelles aus der Arbeit der GEW in Baden-Württemberg mit Doro Moritz, GEW-Landesvorsitzende
10:30 Uhr GEW-Arbeit mit und für Seniorinnen und Senioren in Land und Bund mit Barbara Haas, FB Seniorenpolitik der GEW-BW und Vorsitzende im Team des Bundesausschusses der Seniorinnen und Senioren
11:30 Uhr Ausblick
12:00 Uhr Mittagessen, Ende der Tagung

Kosten: Die Teilnahmegebühr beträgt 90 Euro pro Person für Unterbringung und Verköstigung. Die Teilnahmegebühr wird durch ein SEPA Lastschriftmandat eingezogen, das vor Ort ausgefüllt wird. Die weiteren Kosten tragen die GEW, der VbLL und die Löhnerstiftung. Nichtmitglieder tragen die vollen Kosten für Unterbringung und Verköstigung (222 Euro im DZ, 206 Euro im EZ).

Online-Anmeldung unter: www.gew-bw.de/E-R-T vom 03.07.2017, 9 Uhr, bis 14.07.2017. Bitte jede Person einzeln anmelden. Es werden keine Vorabanmeldungen angenommen. Eine Bestätigung der Teilnahme bzw. Absage/Warteliste wird ab Ende Juli versandt. **Achtung:** die Teilnehmerzahl und die Zahl der Einzelzimmer sind beschränkt. Bei einer **Abmeldung/Absage** nach dem 18. September 2017 müssen wir 50 Euro Stornierungskosten in Rechnung stellen, sofern wir keinen Nachrücker finden. **Wer nicht über Internet verfügt,** kann sich ausnahmsweise unter 0711 21030-26 anmelden. Vorabanreisende zahlen ihre private Übernachtung im Tagungshaus direkt vor Ort.

Gedankenkalendoskop auf der Suche nach einem Pflegeheim

Brigitte S. schläft schlecht. Schon lange. Sie macht sich Sorgen. Ihre ältere Schwester Gabriele (73) ist krank. Vor zweieinhalb Jahren wurde eine Frontotemporale Demenz diagnostiziert. Bei Gabriele begann sie mit der semantischen Variante, so gekennzeichnet durch die Art des anfänglichen Verlaufs, d. h. sie vergisst zuerst die Sprache. Mit jedem Wort, das verschwindet, ist auch die Bedeutung des Gegenstands verschwunden, auch das Wissen um seinen Gebrauch. Ist z.B. das Wort „Schere“ weg, kann sie mit ihr nichts mehr anfangen. Deshalb wird die Schere weggeworfen – „das“ brauche ich nicht mehr. Wort für Wort, Satz für Satz geht, Verlust einfachster Logik, lesen, schreiben, rechnen, Inzwischen spricht sie mit viel Gestik und den Worten, die ihr noch verblieben sind. Oft ist das missverständlich, und nur wer sie gut kennt, kann ihr noch folgen oder erraten, was sie meint. Die Krankheit schreitet rasch voran. Noch kann Gabriele ihren Single-Haushalt in Ordnung halten – putzen, waschen, Körperpflege, zum Friseur gehen, Kleinigkeiten zum Essen zubereiten. Sie hat keine Kinder. Brigitte und ihr jüngerer Bruder kümmern sich um sie so gut es geht. Man war sich einig: So lange wie möglich die Selbstständigkeit erhalten und in den vertrauten eigenen vier Wänden bleiben. Doch ein Pflegeheim wird in absehbarer Zeit nötig werden. Sie ist auch schon an zwei Plätzen angemeldet, doch ohne Aufnahmegarantie. Noch will sie ihr Leben zu Hause nicht aufgeben. Muss auch noch nicht sein. Brigitte hat Hilfe von der Sozialstation organisiert: Eine Frau, die als Ehrenamtliche einige Stunden in der Woche zu ihr kommt. Eine gute Lösung – bisher. Die beiden Frauen sind sowas wie Freundinnen geworden – gemeinsame Spaziergänge, Stadtbummel, Kaffeeklatsch, Domino spielen, einkaufen, Doch die nette Gesellschafterin ist krank geworden. Ist es immer noch. Kein Ersatz in Aussicht, nicht bei der zuständigen Sozialstation noch bei anderen Einrichtungen. Pflege-notstand. Mangel an Ehrenamtlichen. Und so blieb es. Brigitte weiß im Moment nicht weiter.

Der Verlust der Begleiterin ist schmerzhaft für Gabriele. Der Umgang mit einer vertrauten Person hat ihr für eine Weile aus der die Krankheit begleitenden Depression geholfen, da sie sich auch aus ihrem früheren regen gesellschaftlichen Umgang zurückgezogen hat: Konzerte, Theater, Kino, Ausstellungen, Reisen, Wandern. Auch ihr Bekanntenkreis ist weggebrochen. Eine passende Tagesgruppe für sie gibt es momentan nicht. Auch hier: Warteliste. Brigitte ist unsicher, ob die beiden Heime, in denen sie Gabriele angemeldet hat, richtig sind. Sowas

wie „dazu passen“ oder „keine freien Plätze auf Abruf“ klingt ihr noch im Ohr.

Brigitte liest in der örtlichen Tageszeitung von einem neuen Pflegeheim mit interessantem Konzept. Tag der offenen Tür. Vielleicht gibt es da eine Pflege-WG, was sie für Gabriele als optimale Lösung ansieht. Im Internet macht sie sich kundig: Die Einrichtung ist noch im Rohbau. Es ist noch nicht zu erkennen, ob dies einmal eine „Wohlfühloase“ werden wird. Außerdem wird gleichzeitig eine Menge Personal gesucht: Pflegekräfte, Hilfskräfte, fast alle auf Teilzeitbasis. Kaum Vollzeitkräfte. Sind die Vollzeitstellen schon besetzt oder kann man das angekündigte anspruchsvolle Konzept mit Teilzeitkräften verwirklichen? Brigitte hat ihre Zweifel und streicht den Tag der offenen Tür für dieses Haus aus ihrem Termin-kalender.

Pflegeheime sind meist groß, nicht überschaubar für Außenstehende, die Angehörige im Heim haben. Funktionieren finanziell auch leichter. Brigitte bedauert, dass es noch viel zu wenig Pflege-WGs gibt, in denen acht bis zwölf Demenzkranke, vom Personal, unterstützt durch Angehörige und Ehrenamtliche, rund um die Uhr betreut werden. Mit Tagesabläufen, die auf die Gruppe mit ihren unterschiedlichen Persönlichkeiten abgestimmt sind und Spielraum lassen zur selbstständigen Ausübung des Wenigen, das den Erkrankten noch geblieben ist. Brigitte würde sich da auch einbringen. In großen Pflegeheimen ist ein individualisiertes Leben nicht vorgesehen.

Für Brigitte stellen sich beim Wort Pflegeheim kaum positive Assoziationen ein. Lange Flure, umherirrende Menschen, oft nachlässig gepflegt im Äußeren, Essensgerüche, Desinfektionsmittel, Gerüche von Ausscheidungen, Neonlicht, Niemand will ins Pflegeheim. Aber für jene, für die sich keine andere Lösung anbietet, ist es die letzte Möglichkeit. Brigitte weiß, dass sie sich mit diesem unbequemen Gedanken auseinandersetzen muss, da ihre Schwester in absehbarer Zukunft schwerstpflegebedürftig sein wird.

Über 13 000 Heime soll es in Deutschland geben, las Brigitte kürzlich. Sie alle wurden durch den „Pflege-TÜV“ bewertet mit Schulnoten von eins bis sechs. Kaum zu glauben – der bundesweite Durchschnitt lag zuletzt bei Note 1,3. Ihr fiel jenes Heim ein, von dem neulich in der Zeitung zu lesen war. Pflegepersonal hatte Demenzkranken Hüte aufgesetzt, sie mit Wasser bespritzt und Scherzvideos aufgenommen. Ein Pfleger hatte eine 85-Jährige mit einem Kissen erstickt. Die Todesfälle der

letzten zwei Jahre werden jetzt nachträglich untersucht. Brigitte ist zum Heulen zumute. Sie weiß, es ist nicht nur ein Heim. Es hat in den Jahren zuvor schon einige Skandale auch andernorts gegeben. Welche Pflegenoten hatten diese Häuser bekommen? Und wofür? Wie sie las, kamen so gute Noten deshalb zustande, weil pflegerische Mängel auch durch besseres Essen oder Freizeitangebote ausgeglichen werden konnten. Ausgeglichen! Unglaublich. Der Pflege-TÜV liege jetzt schon eine Weile auf Eis, hörte sie.

Irgendwas muss da geschehen, dass es in den Pflegeeinrichtungen darum geht, mit den Menschen als sozialen Wesen umzugehen, ihnen ihre Würde zu lassen, Achtung entgegenzubringen und sie nicht in einem Tagesablauf nach Uhrzeit zu verwalten, zu verpflegen und als erledigt abzulegen. Vor allem ist das wichtig, wenn Seniorinnen und Senioren ihre Wünsche nicht mehr selbst einfordern können. Was bringen da die dick broschiierten Hochglanzmagazine von Heimen, die ihre Architektur, Lage, Einrichtung und Essen anpreisen? Wer geht wegen der Architektur oder des Essens ins Heim? Und alle, die einen Heimplatz für sich oder Angehörige suchen, sollten sich fragen: Ist es ein Platz, an den ich individuell und wertgeschätzt einen Teil meines mir vertrauten und lieb gewordenen Alltags mitnehmen kann? Die Antwort findet sich nicht in der Hochglanzbroschüre, auch nicht im Internet, sondern nur in der Einrichtung selbst.

Brigitte beschließt, sich eine Gedankensammlung anzulegen, Fragen, die ihr helfen könnten, für Gabriele eine optimale Einrichtung zu finden. Da sie sich gerne im Freien aufhält, spielt der Garten für sie eine zentrale Rolle. Natürlich kein handtuchgroßer Rasen mit ein paar Blumenbeeten, sondern ein Außengelände mit Spazierwegen und Bänken zum Verweilen. Aber das war schon wieder Äußeres. Nein, ganz oben muss die Pflege stehen, ist sie doch der Grund für den Gang ins Pflegeheim. Im Fall ihrer Schwester will sie wissen, wie das Demenz-Konzept aussieht. Und wie steht es mit Bewegung? Gibt es ausreichende Fitness-Angebote und Physiotherapie? Wie sieht die ärztliche Versorgung aus? Wird Schmerztherapie angeboten? Gibt es Sterbebegleitung vor Ort oder wird man dazu in ein Hospiz gebracht? Und wesentlichster Punkt: Pflegepersonal. Ist es ausgebildet? Auch für Schlaganfall-, Inkontinenz- oder Schmerzpatienten? Oder gibt es nur Hilfskräfte ohne nennenswerte Ausbildung? Darauf würde man wohl nur ausweichende Antworten bekommen, denkt sie. Nicht zu vergessen: Der Personalschlüssel für die Tages- bzw. Nachtpflege. Nach einer Studie der Uni Witten/Herdecke vom Nov. 2015 hatte eine Pflegekraft nachts im Durchschnitt 52 Menschen zu betreuen. Brigitte bezweifelt, dass sich bis heute daran etwas geändert hat. Es gab ja nicht mal genügend Kräfte bei

den Sozialstationen. Brigitte versucht herauszufinden, woran sich das „Kümmern“ um die Heimbewohner ablesen lassen könnte. Werden viele Rollstühle herumgeschoben oder wird Wert gelegt aufs selbstständige oder gestützte Gehen, um Muskelkraft zu erhalten? Nimmt sich das Personal die Zeit dazu? Verweilt es beim Patienten länger als nur zur Verrichtung einer Tätigkeit? Ist es gesprächsbereit? Wirkt es gestresst? Das im Vorfeld rausfinden – ist das möglich?

Brigitte notiert weiter: Liegt Zimmer an Zimmer an langen öden Fluren und sieht es aus wie im Krankenhaus? Gibt es Farbe, Pflanzen, helle einladende Kleinräume und Sitznischen zum Plaudern und Lesen? Wanddekorationen mit Basteleien sind ja ganz nett, aber Brigitte findet, dass sie bei Erwachsenen nicht zu einer gepflegten Umgebung passen. Eher Vogelkäfige mit Wellensittichen und Papageien, zur Kommunikation. Aquarien zum Schauen. Und vor allem ihren Hund, den wollte sie bei ihren Besuchen immer mitbringen. Gabriele liebte den Hund. Wie oft hatte sie auf ihn aufgepasst, hatte ihn sich für ihre Wanderungen und Spaziergänge „ausgeliehen“ und sich wohl gefühlt, wenn sie ihn streicheln durfte und er sich wärmend über ihre Füße legte.

Leseangebot, fällt ihr ein. Nun, Gabriele konnte nicht mehr lesen. Aber es gab andere, die es noch konnten und wollten. Brigitte hatte in einzelnen Heimen gesehen, dass sich das Zeitungs- und Zeitschriftenangebot in einer lokalen Tageszeitung und in einigen kirchlichen Betrachtungsbroschüren erschöpfte. Ein Unding so was. Das wär's doch – ein Erotikmagazin! Bei dem Gedanken muss sie plötzlich laut lachen. Das tut gut. Weiter. Das Veranstaltungsangebot am Schwarzen Brett muss studiert werden. Sie will schauen, ob es sich in einer wöchentlichen Gymnastik- und Gesangsstunde und einem Spaziergang erschöpft oder ob sich spontan wechselnde Veranstaltungen über die Wochen auftun, so dass vielseitige Interessen Berücksichtigung finden: Wochenmarkt, Eisdiele, Kino- und Konzertbesuche außer Haus, Weihnachtsmarkt, Ausstellungen, Gruppenkochabende, Skatrunden, Spieleabende, usw.

Und können Bewohner/innen selbst aktiv werden, Angebote mitgestalten, selbst anbieten, sich selbst einbringen, so gut es geht? Auch hier sollte gelten – gefordert und nicht nur versorgt zu werden. Mentaler und körperlicher Abbau stellen sich so weniger schnell ein. Brigitte hat von einem weiteren neuen Heim gehört, klein, überschaubar, demnächst bezugsfertig, mit einer Pflege-WG für Demenzkranke – und noch freie Plätze! Sie wird diesmal den Tag der offenen Tür wahrnehmen und ihren Fragenkatalog mitnehmen. Beantworten wird man nur einiges können. Aber vielleicht kann sie auch etwas anregen?

Beatrix Boestel

Begleitung am Lebensende

// Ambulanter Humanistischer Hospizdienst der AWO in Stuttgart mit dem Lotte-Lemke-Preis 2016 ausgezeichnet //

Für Sterbebegleitung, ganz besonders auch für einsame Menschen, die keine Angehörigen mehr haben oder deren Verwandte zu weit weg wohnen, stehen viele ambulante Hospizgruppen bereit. Meistens sind dies kirchliche Gruppen. In den letzten Jahren sind für Menschen, deren Heimat woanders ist, auch andere konfessionelle Gruppen entstanden.

Oft wird übersehen, dass es auch Menschen gibt, die am Ende ihres Lebens zwar Hilfe und Begleitung brauchen, aber nicht religiös orientiert und konfessionell nicht gebunden sind. Deshalb gibt es seit einigen Jahren in Stuttgart einen humanistischen Hospizdienst der AWO, der zusammen mit dem Landesverband der Humanisten in BW (K.d.ö.R.) organisiert wird. Dieser leider wenig bekannte Hospizdienst, der sich keineswegs als Konkurrenz, sondern als Ergänzung zu kirchlichen Diensten sieht, ist vor kurzem mit dem Lotte-Lemke-Preis des AWO-Bundesverbandes ausgezeichnet worden.

Mit dem Lotte-Lemke-Preis werden Institutionen, Organisationen, Vereine, Verbände, deren Vertreter/-innen, aber auch Einzelpersonen ausgezeichnet, die mit ihrem Handeln den einzelnen Leitsätzen und Aussagen des Leitbildes der AWO entsprechen, die nachhaltig soziale Projekte, Initiativen, nationale wie internationale wohlfahrtspflegerische Aufgaben der AWO entwickelt haben, gestalten, unterstützen und fördern.

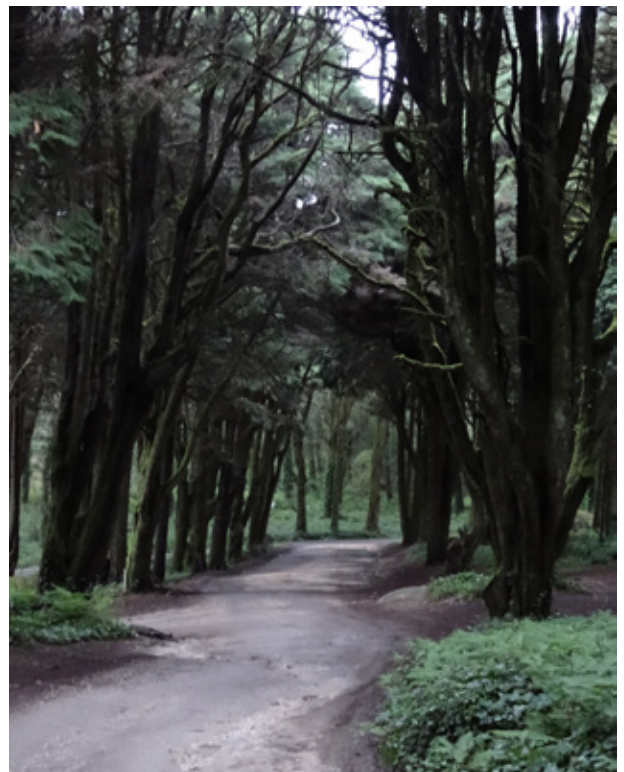
Ziel des Humanistischen Hospizdienstes ist es, die hospizliche und palliative Versorgung auszubauen. Für Betroffene gibt es bislang kaum angemessene Angebote. Sterben und Tod sind noch immer hochtabuisierte Themen in unserer Gesellschaft. Viele Menschen, die den Tod erwarten, bleiben auf sich allein gestellt. Solidarität bedeutet auch, Sterbende nicht in Schmerz und Angst allein zu lassen. Der Humanistische Hospizdienst übernimmt so eine wesentliche Aufgabe, die zutiefst die Werte und das Selbstverständnis der AWO widerspiegelt. Daher die klare Forderung: „Der Hospizgedanke – nämlich Selbstbestimmung und Integritätsschutz in den letzten Wochen und Monaten des Lebens – muss überall dort Einzug halten, wo Menschen sterben. Egal ob das zu Hause, in einem Pflegeheim oder einem Krankenhaus ist.“

In den letzten Jahren hat sich die Zahl der durch Hos-

pizdienste begleiteter Sterbender in Stuttgart mehr als verdoppelt. Da die hospizliche Versorgung, die Sterbenden ein Stück an Lebensqualität wiedergeben kann, weiterhin unbefriedigend ist, werden ehrenamtlich sich in diesem Bereich engagierende Menschen dringend benötigt.

Im März 2009 fand erstmals ein Kurs statt, der ehrenamtliche Mitarbeiter in die Begleitung Sterbender und ihrer Angehörigen, die eine konfessionsfreie, wertoffene und humanistisch ausgerichtete Sterbebegleitung wünschen, einführt. Im Mai 2012 beendete der 2. Kurs seine Ausbildung, ein weiterer endet Juli 2017. Aktuell stehen 33 qualifizierte Ehrenamtliche für die konfessionsfreie humanistische Sterbebegleitung zur Verfügung. Interessierte können sich zur Schulung bei Christoph Keiper melden unter Tel. 0711- 210 61 61 oder unter hospiz@awo-stuttgart.de

Marlies Beitz



Pflegestärkungsgesetz – die dritte!

// Ein Paket aus drei Teilen Pflegestärkungsgesetze (PSG) hat die Bundesregierung in Kraft gesetzt. Das vielbeachtete PSG II regelte die Pflegegrade und die finanzielle Unterstützung der Pflegebedürftigen durch die Pflegeversicherung bei der Krankenkasse und der Beihilfe. (AR berichtete.) //

Das PSG III ist nun nach der Zustimmung des Bundesrates zum 1.1.2017 in Kraft getreten.

Es werden Empfehlungen zur Stärkung der Rolle der Kommunen in der Pflege umgesetzt: Es sollen Steuerung, Kooperation und Koordination der Pflegeberatung in den Kommunen verbessert und Anpassungen an den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff (PSG II) vorgenommen werden. Möglicher Abrechnungsbetrug von Leistungen der häuslichen Krankenpflege soll durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen geprüft werden. Die Nachweispflichten der Anbieter von Pflegeleistungen sollen ausgeweitet werden. Landkreise und kreisfreie Städte können Pflegestützpunkte ausbauen. Anders als bisher soll die Finanzierung zu je einem Drittel von den Kommunen, den Pflegekassen und den Krankenkassen geleistet werden. Bisher waren letztere nicht beteiligt, obwohl die Krankenkassen von guter Beratung profitieren.

Der Bundesrat hat in einer Entschließung die wissenschaftliche Evaluation mehrerer Neuregelungen ab 2017 bis 2020 zur Auflage gemacht, insbesondere die Kosten für die Sozialhilfe und die Entwicklung der Vergütungen und der Personalstruktur, differenziert

nach nicht-tarifgebunden und tarifgebundenen Einrichtungen, sowie die Auswirkungen auf die jeweiligen Pflegevergütungen und die Finanzierungsanteile insbesondere der Betroffenen, ihrer Angehörigen und der Sozialhilfe.

Fazit: Die Pflegeberatung soll verbessert werden, das nützt den Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen. Die Kommunen erhalten mehr Aufgaben, vor allem auch die einer besseren Vernetzung der Beteiligten. Allerdings ist die ungleiche finanzielle Situation der Kommunen kein Thema. Fraglich ist, ob die Beratung dann tatsächlich besser wird. Neu sind die Kontrollmöglichkeiten der Krankenkassen bei Abrechnungsbetrug. Das ist ein wichtiger Baustein, der auch den Abnehmer/innen nutzt. Nicht gelöst ist die Frage der Gewinnung von Pflegekräften und deren Bezahlung, auch wenn ein erster Schritt zur Kontrolle der Vergütungen gemacht ist. Auch ein wichtiges Thema ist die Unterstützung der Pflege leistenden Angehörigen. Immerhin werden 70 Prozent der Pflegebedürftigen von Angehörigen oder nahestehenden Menschen gepflegt.

Barbara Haas

Kurz notiert

Wenn nichts mehr hilft..... Cannabis für Schwerkranke

Nur mit Ausnahmegenehmigung des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) konnten Schwerstkranke, z.B. unter starken Dauerschmerzen leidende Menschen, Cannabis als Arzneimittel auf ärztliche Verschreibung erwerben. Es waren dies rund 1000 Menschen zuletzt, die die hohen Kosten selbst tragen mussten.

Jetzt hat der Bundestag ein Gesetz zur Änderung betäubungsmittelrechtlicher und anderer Vorschriften erlassen, das die Versorgung dieser Patientinnen und Patienten auf Kosten der Krankenversicherung ermöglicht. Eine staatliche Cannabis-Agentur soll

den Anbau und Vertrieb der Cannabis-Blüten und Extrakte koordinieren und kontrollieren. Damit wird Cannabis als Droge weiterhin nicht generell freigegeben, sondern nur in diesem engen Rahmen. Neu ist, dass die Patient/innen nicht „austherapiert“ sein müssen, bevor eine ärztliche Verschreibung greifen kann, und dass Cannabis auch in der Palliativmedizin Eingang finden und so Menschen ihren Sterbeweg erleichtern soll. Zum Schutz der Versicherten sollen die Patientendaten anonymisiert erhoben und analysiert werden. Dies ist auch wesentlich für die wissenschaftliche Begleituntersuchung, welche die Bundesregierung aufgrund der wenigen Kenntnisse über die Wirkung für notwendig hält. Ein neues Gesetz, das endlich Schwerstkranken ermöglicht, noch ein Leben in Würde und ohne hohe Schulden zu führen.

AR

Migration und Ursachen

Fünfundzwanzig politisch interessierte GEW-Mitglieder im Ruhestand trafen sich zu einem zweitägigen Seminar im Studienhaus Wiesneck in Buchenbach bei Freiburg. Intensiv beschäftigten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit dem Thema „Migration – Ursachen“. Inhaltlich vorbereitet hatten das Seminar Wolfgang Bartling, Mitglied im Ruhestand aus dem Schwarzwald-Baar-Kreis und die Bezirksvorsitzende der Mitglieder im Ruhestand der GEW Südbaden, Isabell Kuchta-Papp.

Vier verschiedene Aspekte wurden ausgewählt. Der erste Referent Dr. Stefan Rother von der Universität Freiburg öffnete den Blick auf die globale Dimension der Migration. Er betonte, wie wichtig es ist, sich nicht auf die nationalstaatliche und auch nicht auf die eurozentrische Perspektive zu beschränken. Mit differenzierten Begrifflichkeiten und Zahlen wies er nach, in welchem geringen Umfang Europa bisher im Vergleich zu Asien und Afrika von den weltweiten Flüchtlingsbewegungen und der Migration betroffen ist. Auch wenn es eine Plattitüde ist, Statistiken kritisch zu hinterfragen, so ist es hier gerade besonders notwendig. Genauso sollte man sich über die Herkunft der Quellen genau informieren und Formulierungen auf ihre Absicht hin überprüfen; als Beispiel nannte er u.a. „illegale Migranten“ oder „Schutz der Außengrenzen“. Wenig bekannt ist, dass über fünfzig globale Institutionen existieren, deren Arbeitsbereich die Migration ist. Davon sind nur einige wie der UNHCR, die IOM oder die ILO bekannt. Mit Konventionen, verfasst auf internationaler Ebene, wird versucht, die Rechte der Migranten und Flüchtlinge zu sichern, wobei immer die Gefahr besteht, dass sie nicht ratifiziert werden, nur auf dem Papier stehen, und in der Praxis kaum Anwendung finden. Dr. Rother wies auf den immer lauter werdenden Wunsch der betroffenen Menschen hin, ihre Rechte selbst vertreten zu wollen: so setzte sich die indonesische Arbeitsmigrantin Eni Lastari in einer engagierten Rede auf dem Flüchtlingsgipfel der UN 2016 dafür ein, Arbeitsmigranten nicht nur unter dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit, sondern als Menschen zu sehen. Auf Deutschland und Europa übertragen, würde das bedeuten, anstelle von Adhoc-Entscheidungen, langfristige Konzepte zu entwickeln, die auf nationaler wie europäischer Ebene u.a. eine Lastenverteilung und mehr Mitsprache der Migranten ermöglichen.

Stattdessen schottet sich Europa immer stärker ab. Auch die deutsche Politik zielt darauf ab, die Außengrenzen tief hinein nach Afrika zu verlegen. Das legte im zweiten Referat Roland Süß von attac dar. Ausführlich beschrieb er, wie in den letzten Jahrzehnten die Handelsverträge mit afrikanischen Staaten immer stärker liberalisiert wurden. Während bis 2000 n. Chr. im Lome-Abkommen Europa den afrikanischen Staaten Handelspräferenzen einräumte, wurden diese im darauffolgenden Cotonou-Abkommen reduziert oder auch ganz gestrichen. Afrikanischen Staaten, die sich weigerten, diese Verträge zu unterschreiben, wurde damit gedroht, Strafzölle bezahlen zu müssen oder ihnen Entwicklungsgelder zu kürzen. Dieser neoliberale Kurs fügt sich in die Handelspolitik von TTIP, CETA und TISA ein und setzt auf Wirtschaftswachstum durch Deregulierung und Liberalisierung. Er lässt dabei außer Acht, dass Europa im 18./19. Jhd. seine Industrialisierung nur durch Schutzzölle aufbauen konnte. Freihandel hilft den wirtschaftlich starken Ländern. Davon sind die meisten der afrikanischen Staaten weit entfernt. Stattdessen zerstört er die vorwiegend kleinbäuerlichen Strukturen, indem billigen Produkten wie tiefgefrorenen Hühnchenteilen, Tomatenmark und Milchprodukten aus Europa der Markt geöffnet werden muss. Hinzu kommen Landgrabbing, das häufig auf Verträgen beruht, die für die Betroffenen unverständlich und in den Folgen nicht absehbar sind, und das Interesse am schrankenlosen Zugang zu den Rohstoffen. Oft treffen auch die Interessen korrupter afrikanischer Politiker mit denen westlicher Investoren zusammen. Attac hat stattdessen ein alternatives Handelsmandat entworfen. Das schließt u.a. Themen wie Recht auf Nahrung, Menschenrechte, Arbeitnehmerrechte und Klimawandel mit ein. Problematisch ist es, dass diese Handelsverträge bei Weitem nicht auf das Interesse in der Öffentlichkeit stoßen wie TTIP oder CETA, politisch aber, als eine der Fluchtursachen, weitreichende Folgen haben.

„Globales Chaos - Machtlose UNO/ Zur Rolle der Weltorganisation bei der Überwindung der Ursachen von Flucht, Terrorismus und Krieg“ war das Thema des Vortrages von Andreas Zumach, ein sehr kritischer und gut vernetzter langjähriger internationaler Korrespondent in Genf, wo 35 von 40 Sonderorganisationen ihren Sitz haben. In seinem Diskurs berichtete er über die Geschichte und die aktuelle Situation der UNO, die ein Konstrukt aus 193 Staaten

mit unterschiedlichen politischen und ökonomischen Interessen darstellt und in der sich die politisch mächtigen Staaten die Schlüsselrolle sicherten. Den Sicherheitsrat zu reformieren, der oft durch das Vetorecht der einzelnen Mitglieder Entscheidungen blockiert, ist eben wegen jenes Vetorechtes unrealistisch. Ein immer drängenderes Problem ist auch die Finanzierung der UNO. Aus Geldmangel musste der UNHCR in den jordanischen Flüchtlingslagern im November 2014 die Nahrungsmittelversorgung zuerst um die Hälfte kürzen und dann vollkommen einstellen. Das löste die Flucht aus den Lagern aus und kostete in der Folge das 40-50fache pro Person. 250 US Dollar wurden pro Kopf der Weltbevölkerung 2014 für Waffen ausgegeben, nur vier US Dollar für die UNO. Ein zusätzliches Problem stellt dar, dass 80% des Etats aus freiwilligen Spenden bestehen, die häufig zugesagt, dann aber nicht gezahlt werden. Dabei könnten z.B. mit einer verbindlichen Welt-UNO-Steuer von 0,05% des Bruttoinlandproduktes jedes Staates die Aktivitäten und Einsätze der UNO finanziert werden.

Detailliert ging Andreas Zumach dann noch auf die Situation in Syrien und eine mögliche Rolle der UNO ein. Die historische Entstehung des vielschichtigen Konfliktfeldes im Nahen Osten seit 1917 unter weitgehender Verantwortung der westlichen Staaten sowie die fatale Setzung auf eine militärische Lösung des Konfliktes in jüngster Zeit führten zu der nahezu aussichtslos erscheinenden aktuellen Lage. Eine Möglichkeit für die UNO eine positive Rolle einzunehmen, sah der Referent in einer Notstandssondersitzung der Generalversammlung, die das Problem aus dem Sicherheitsrat an sich ziehen könnte. Langfristig gibt es nur den Weg, die Länder so zu stabilisieren, dass sie in der Lage sind, ihre Bevölkerung ausreichend zu versorgen.

Jürgen Graesslin, weitbekannt als engagierter Rüstungsgegner, ist GEW-Mitglied und Mitglied im ÖPR Freiburg. Er sprach am zweiten Nachmittag über die Rolle der Rüstungsexporte „Wer Waffen sät, wird Flüchtlinge ernten“. Seit Jahrzehnten recherchiert er, wohin Rüstungsgüter aus Deutschland gehen, wer daran verdient und welche Exportverbote dabei überschritten werden. Während er in früheren Jahren in den Ferien in die betroffenen Länder fuhr, um Informationen zu sammeln, kann er heute vieles hier von den Flüchtlingen erfahren. Als kritischer Aktionär in

Betrieben, die Rüstungsgüter herstellen, durch Publikationen, durch Prozesse gegen Rüstungsfirmen und in unzähligen Veranstaltungen ist es ihm gelungen, inzwischen eine breite Öffentlichkeit zu erreichen. Immer wieder prangert er an, dass die unterschiedlichsten Rüstungsgüter trotz eindeutiger Bestimmungen in Krisengebiete geliefert werden oder diese Bestimmungen unterlaufen werden. Oft „wandern“ Waffen, indem sie nicht im Exportland verbleiben, sondern in Kriegsländer weiterwandern. Das unterlegte Jürgen Graesslin mit detaillierten Zahlen, zahlreichen Beispielen und dokumentierte die Folgen mit erschütternden Bildern von durch deutsche Waffen verletzten oder getöteten Menschen. Die Mehrzahl der Menschen in Deutschland sprechen sich gegen Waffenexporte aus. Graesslin wünscht sich da auch ein stärkeres Engagement der Gewerkschaften, insbesondere auch der GEW. In der „Aktion Aufschrei“, in der mehr als 100 Organisationen sich gegen den Waffenhandel engagieren, ist bisher keine der Gewerkschaften Mitglied.

Trotz des kompakten Seminars gab es Zeit für viele Nachfragen und Diskussionen. Und am Abend konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer noch den Auftritt einer afrikanischen Percussiongruppe „Terrafo“ genießen. Die Spieler aus Guinea und Ghana leben zum größten Teil in Freiburg im Flüchtlingsheim und der Verein „Start up“ bemüht sich um eine Betreuung der Flüchtlinge. In einem anschließenden Gespräch berichtete der Sozialpädagoge des Heimes, der aus Afrika stammt, von den vielen Problemen, die sich durch das oft jahrelange Leben auf engstem Raum und das Verbot, nicht arbeiten zu dürfen, entstehen.

Die zur Verfügung stehende Zeit wurde intensiv genutzt und der Wunsch nach weiteren Seminaren dieser Art war groß.

Isabell Kuchta-Papp

„Das Alter in der Karikatur“

„Nachts, wenn die Menschen schlafen, wechseln die Sachen insgeheim ihre Plätze. Am nächsten Tag heißt es dann: Tjaja, ... Alzheimer!“ Anscheinend wusste Hans Traxler, wovon er redet, als er die Karikatur zu diesem Satz gezeichnet hat (aus dem Buch „Das Alter in der Karikatur“, hrsg. von Franziska Polanski).

Bei einer Ausstellung in der Abendakademie Mannheim waren im Dezember 2016 Karikaturen zu sehen, die mir so gut gefallen haben, dass ich mir umgehend das Buch dazu besorgt habe.

Nicht alle sind so liebenswürdig wie die von Franziska Becker (s. Abbildung). Viele sind so bissig, dass sie fast weh tun. Man fühlt sich ertappt, wird nachdenklich oder man lacht auch einfach laut heraus. Sie sind Anklage an die Gesellschaft wie z.B. die „Mittagssonne im Seniorenpark“ von Gerhard Haderer, aber auch Hilfe zur Selbsterkenntnis und vor allem Therapie: „...eine Minute Lachen ersetzt 45 Minuten Entspannungstraining“ meinen die wildgewordenen Alten in der Karikatur von BURKH.

„Das Alter in der Karikatur“,
hrsg. von Franziska Polanski, 3. Aufl.
Implizit Verlag 2016, LP 17,80€

Das Buch wird über den Verlag vertrieben und kann über den Webshop des Implizit Verlages bezogen werden unter folgender Adresse ww.implizit-verlag.de, oder durch eine Mail an: implizit-verlag@t-online.de, oder per Fax: 06221-409982

Hildegard Klenk



„Ruhestand“, c Franziska Becker
Aus dem Buch: „Das Alter in der Karikatur“, hrsg. von Franziska Polanski, s.o.

Nicht vergessen!

Wir haben in unserer Zeitschrift schon über die verdienstvolle Arbeit berichtet, die der Verein KZ Gedenkstätte Hailfingen/Tailfingen leistet – unter maßgeblicher Mitwirkung einer Reihe von GEW-Mitgliedern im Ruhestand. Jetzt ist das sechste Heft der Schriftenreihe des Vereins erschienen: Wohin soll ich gehen? Wege der Überlebenden des KZ Außenlagers Hailfingen/Tailfingen.

Die Broschüre (DIN A4, 60 Seiten) ist ein bewegendes Dokument. Es berichtet vom Schicksal der Davongekommenen und erlaubt uns einen Blick zurück in die Zeit unmittelbar nach dem Ende der NS-Barbarei, die wir Älteren noch als Kinder und Jugendliche erlebt haben. Aber wir sehen in unserer Erinnerung in der Regel nur unser eigenes (Er-)Leben: Das waren Notzeiten, oft verbunden mit Flucht und Vertreibung, aber nur wenige waren sich damals der Tatsache der Befreiung bewusst, von der Bundespräsident Weizsäcker erst 40 Jahre danach, 1985, erstmals sprach. Für die Überlebenden der Konzentrationslager sah das anders aus. Für sie war das Kriegsende das Ende der Unfreiheit und zugleich stellte sich ihnen die Frage: Wohin soll ich gehen? Wer wartet auf mich? Ist nach all dem Erлittenen „A Leben aufs nay!“ überhaupt möglich?

Das KZ-Außenlager Hailfingen/Tailfingen existierte nicht einmal drei Monate. In dieser Zeit starben von den 601 jüdischen Häftlingen nachweislich 189. Zu etwa 130 Überlebenden wurden bei den Recherchen der letzten Jahre Informationen gefunden. Sie sind in dieser Broschüre dokumentiert.

Das Heft kostet 6 Euro (plus Porto) und kann beim Verein KZ Gedenkstätte Hailfingen/Tailfingen e.V. c/o Volker Mall, Hohe-Wacht-Str. 7, 71083 Herrenberg, oder online bei Mall.herrenberg@gmx.de bestellt werden.

MR



August Macke in Kandern

Neben Bonn verbrachte August Macke (1887-1914) seit seiner frühesten Jugend viel Zeit in der Stadt Kandern, welche er besonders der Landschaft wegen sehr schätzte. In Kandern entstanden viele Ölgemälde, Zeichnungen und Aquarelle. Ihm zu Ehren wurde der August-Macke-Rundweg angelegt, der an den wegweisendsten Plätzen und Motiven vorbeiführt, die für den Künstler eine wichtige Rolle spielten. Dazu gehört insbesondere ein kleines Heimatmuseum, in

dem auch einige Originalarbeiten zu bewundern sind. Karlheinz Beyerle führte die Gruppe der M.i.R. Kreis Lörrach auf dem August-Macke-Rundweg und erläuterte an den verschiedenen Stationen die Beziehungen zu August Macke.

K.H. Beyerle war Lehrer für Mathematik und Kunst an der dortigen Realschule und mitverantwortlich für die Namensgebung der Schule und ihrer farblichen Fassadengestaltung.

Manfred Spauzus; MiR Lörrach





www.gew-bw.de

Südd. Pädagogischer Verlag
Postvertriebsstück E 9307 F

Silcherstr. 7a, 70176 Stuttgart
DP AG Gebühr bezahlt